

die Aufmerksamkeit nicht nur der UN-Organen, sondern auch die der Massenmedien und der öffentlichen Meinung von der vordringlichen Aufgabe ablenkt, den Nahostkonflikt durch friedliche Verhandlungen zu lösen.

Deshalb fordern wir die UN-Vollversammlung auf:

diese Resolution zu überdenken und zurückzuziehen.

Weiterhin appellieren wir an alle am Nahostkonflikt Beteiligten und an die UNO:

1. sich auf die Anwendung aller gültigen UN-Resolutionen zum Nahen Osten zu konzentrieren;
2. dringend Möglichkeiten zu finden, die dem palästinensischen Volk helfen, seine legitimen Rechte auf sein Volksein und seine Staatlichkeit zu verwirklichen, bei Anerkennung des Rechtes des Staates Israel, in international anerkannten Grenzen friedlich zu leben.

Alles, was von diesen Aufgaben ablenkt oder zur Ablenkung davon benutzt werden könnte, wird das Risiko für neue, immer breitere bewaffnete Konflikte im Nahen Osten noch verstärken.

Englischer Wortlaut in: CCJP newsletter (4/1975) 1f.; eigene Übersetzung.

E.I.16

VOLLVERSAMMLUNG DES ÖKUMENISCHEN RATES DER KIRCHEN

Öffentliche Erklärungen „Der Nahe Osten“ und „Jerusalem“ vom 8./9. Dezember 1975

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen, die in Nairobi vom 23. November bis 10. Dezember 1975 tagte, machte sich in den öffentlichen Erklärungen „Der Nahe Osten“ und „Jerusalem“ die Vorarbeiten der Konsultation in Cartigny (→ E.I.14) teilweise zu eigen. Sie fordert darin die Christen zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Parteien und zu verantwortungsbewußter Mitwirkung am Friedensprozeß auf.

Der Nahe Osten

1. Zur Lage im Nahen Osten hat der Ökumenische Rat der Kirchen bereits wiederholt seine Sorge und Anteilnahme zum Ausdruck gebracht. Die Zwischenfälle, die sich zur Zeit der Tagung der Fünften Vollversammlung in diesem Gebiet ereigneten, haben neu gezeigt, daß die Spannungen unvermindert anhalten.

2. Wir sind besorgt angesichts der permanenten militärischen Eskalation in diesem Gebiet, welche die durch den ungelösten Konflikt verursachte Bedrohung des Weltfriedens nur verschärfen kann, und wir weisen nachdrücklich

darauf hin, daß die Großmächte ihre Waffenlieferungen, die die Spannungen aufrechterhalten und verschärfen, unbedingt einstellen müssen.

3. Wir anerkennen, daß sich ein internationaler Konsens für eine friedliche Lösung auf folgender Grundlage ergeben hat:

a) Rückzug Israels aus den im Jahr 1967 besetzten Gebieten.

b) Das Recht aller Staaten, einschließlich Israels und der arabischen Länder, auf ein Leben in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen.

c) Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung für das palästinensische Volk. Wir betrachten es als ermutigend, daß die an dem Konflikt beteiligten Parteien zunehmende Bereitschaft zeigen, diese Grundsätze anzunehmen.

4. Wir anerkennen das Zweite Truppentrennungsabkommen im Sinai als ein Mittel, die Spannungen zwischen Ägypten und Israel zu verringern. Da dieses Abkommen aber die zwischen Israel, anderen Anrainerstaaten und dem palästinensischen Volk bestehenden Befürchtungen und das gegenseitige Mißtrauen nicht abbauen kann, muß ihm so bald wie möglich die Wiederaufnahme der Genfer Friedenskonferenz zur Erreichung einer völligen Beilegung des Konflikts auf Grundlage der obengenannten Prinzipien folgen. An der Genfer Konferenz müßten grundsätzlich alle betroffenen Parteien, einschließlich der Palästinenser, beteiligt sein.

5. Wir stellen fest, daß einige arabische Staaten in jüngster Zeit ihre Bereitschaft erklärt haben, unter Mitwirkung der Palästinensischen Befreiungsfront ein auf diesen Prinzipien basierendes Abkommen mit Israel anzustreben.

6. Obwohl die beteiligten Parteien bislang noch nicht genügend gegenseitiges Vertrauen gezeigt haben, um einen Dialog aufzunehmen, darf ihre volle gegenseitige Anerkennung nicht als eine Vorbedingung, sondern muß vielmehr als Ergebnis der Verhandlungen gesehen werden. Wir rufen alle Parteien auf, die für erfolgversprechende Verhandlungen notwendigen Schritte zu unternehmen. Als zu diesen Schritten zählend betonen wir die Beendigung jeglicher militärischer Operationen – sowohl regulärer als auch nichtregulärer Natur – einschließlich terroristischer Aktivität.

7. Frieden im Nahen Osten muß auf Gerechtigkeit und Sicherheit für alle Betroffenen beruhen. Das Wohl jeder Partei hängt vom Wohl aller anderen Parteien ab. Wir legen den Kirchen dringend nahe, ihre Mitglieder eingehender über die Lage zu informieren und ihnen die verschiedenen Dimensionen des Konfliktes im Nahen Osten bewußt zu machen. Dadurch könnten die Kirchen zur Förderung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Parteien sowie zur Entwicklung einer verantwortungsbewußten Mitwirkung ihrer Mitglieder und der Regierungen ihrer Länder an einer friedlichen Lösung beitragen. Gelegenheit dazu bietet sich sowohl den Kirchen in diesem Gebiet wie auch den Kirchen in anderen Ländern.

Jerusalem

1. Für viele Millionen Christen in der ganzen Welt, aber auch für die Anhänger der beiden großen monotheistischen Schwesterreligionen, nämlich des Judentums und des Islam, ist und bleibt Jerusalem der Mittelpunkt tiefster religiöser Inspiration und Verbundenheit. Sie tragen daher die Verantwortung dafür, gemeinsam Bedingungen zu schaffen, die Jerusalem den Status einer den Anhängern aller drei Religionen zugänglichen Stadt sichern, in der sie zusammenkommen und miteinander leben können. Jede Tendenz, Jerusalems Bedeutung für eine dieser drei Religionen gering einzuschätzen, muß dabei vermieden werden.
2. Die durch internationale Verträge (Paris 1856 und Berlin 1878) und durch den Völkerbund garantierten und unter der Bezeichnung „Status quo der Heiligen Stätten“ bekannten Sondergesetze zur Regelung der Beziehungen zwischen den christlichen Gemeinden und den Behörden müssen in jedem Abkommen über Jerusalem voll gesichert und bestätigt werden. Die Heiligen Stätten der Christenheit in Jerusalem und in benachbarten Gegenden gehören zum größten Teil verschiedenen Mitgliedskirchen des ÖRK. Aufgrund des Status quo stünde es keiner der kirchlichen Autoritäten irgendeiner Denomination zu, einseitig und namens aller Christen den christlichen Standpunkt zu vertreten; vielmehr vertreten die Kirchenführer jeder gegebenen Denomination nur ihren eigenen Standpunkt.
3. Viele Mitgliedskirchen des ÖRK sind zutiefst besorgt um die Heiligen Stätten der Christenheit. Doch ist das Problem Jerusalem nicht nur eine Frage der Heiligen Stätten, es ist vielmehr organisch verbunden mit dort beheimateten Religionen und ethnischen Gruppen. Daher hält es die Vollversammlung für wesentlich, daß die Heiligen Stätten nicht zu bloßen Sehenswürdigkeiten werden, sondern den christlichen Gemeinden, die ihr Leben und ihre Wurzeln in der Heiligen Stadt haben, sowie denen, die sie aus religiöser Neigung besuchen wollen, als echte eindrucksvolle Andachtsstätten dienen sollten.
4. Während die Vollversammlung die Vielfalt und die emotionalen Belastungen der Probleme kennt, die den künftigen Status Jerusalems betreffen, ist sie der Meinung, daß dieser Status nur im Zusammenhang mit der endgültigen Beilegung des Konflikts im Nahen Osten festgelegt werden kann.
5. Jedoch ist die Vollversammlung der Meinung, daß ganz abgesehen von politischen Fragen die gesamte Regelung des interreligiösen Problems der Heiligen Stätten unter internationaler Schirmherrschaft und Garantie erfolgen und von allen beteiligten Parteien sowie von den Regierungsbehörden respektiert werden sollte.
6. Die Vollversammlung empfiehlt, die obigen Vorschläge mit den direkt betroffenen Mitgliedskirchen sowie mit der Römisch-Katholischen Kirche auszuarbeiten. Die Probleme sollten auch zum Gegenstand des Dialogs mit den zuständigen Vertretern auf jüdischer und islamischer Seite gemacht werden.
7. Die Vollversammlung hofft zutiefst und betet inbrünstig um Frieden und Wohlergehen der Heiligen Stadt und aller ihrer Einwohner.

Wortlaut in: H. Krüger/W. Müller-Römheld (Hrsg.), Bericht aus Nairobi 1975. Ergebnisse – Erlebnisse – Ereignisse. Offizieller Bericht der Fünften Vollversammlung des Ökume-

nischen Rates der Kirchen. 23. November bis 10. Dezember 1975 in Nairobi/Kenia, Frankfurt 1976, 172-175.

**E.I.17 KONSULTATION „DIALOG IN DER GEMEINSCHAFT“
DER ABTEILUNG „DIALOG MIT MENSCHEN VERSCHIEDENER
RELIGIONEN UND IDEOLOGIEN“ DES ÖKUMENISCHEN RATES
DER KIRCHEN**

**Gruppenbericht A: Christlich-jüdisch-muslimische
Beziehungen vom April 1977**

Auf Einladung der Dialog-Abteilung des Ökumenischen Rates der Kirchen trafen sich in Chiang Mai vom 18. bis 27. April 1977 Fachleute des Dialogs mit anderen Religionen und Ideologien, um eine Bestandsaufnahme der Erfahrungen seit 1971 und Perspektiven für das weitere Vorgehen zu erarbeiten. (Im Januar 1971 hatte der Zentralausschuß in Addis Abeba eine „Vorläufige Grundsatzklärung“ unter dem Titel „Der Ökumenische Rat der Kirchen und der Dialog mit Menschen anderer Religionen und Ideologien“ entgegengenommen.) Die Berichte der einzelnen Arbeitsgruppen wurden vom Plenum der Konsultation entgegengenommen als Dokumentation der Erfahrungen und Erkenntnisse in spezifischen Kontexten und in bezug auf konkrete Probleme. Der Bericht der Gruppe A dokumentiert den Stand der Vorarbeiten für die „Ökumenischen Erwägungen zum jüdisch-christlichen Dialog“ (→ E.I.20) und benennt zugleich die Schwierigkeiten dieses Dialogs.

A. Christlich-jüdische Beziehungen

1. Die gegenwärtige Situation

Obwohl es auf allen Kontinenten jüdische Gemeinden gibt, hat ein offizieller Dialog zwischen Christen und Juden hauptsächlich in Nordamerika, Westeuropa und Israel stattgefunden. Diese Dialoge wurden oft auf Initiative der Juden begonnen, und die jüdischen Teilnehmer werden durch Organisationen unserer jüdischen Partner ausgewählt (z. B. International Jewish Committee for Interreligious Consultations (IJCIC)). Die Wahl der Themen erfordert wechselseitige Billigung. Durch die Abteilung „Dialog mit Menschen verschiedener Religionen und Ideologien“ (DFI) gab es auch jüdische Teilnahme an multilateralen Dialogen (Colombo), und unsere jüdischen Partner zeigten großes Interesse an der Erweiterung des Kontakts mit Christen über die westliche Hemisphäre hinaus.

2. Zur spezifischen Natur der Beziehungen

a) Die historische Beziehung zwischen Juden und Christen ist zweifellos einmalig, da das Christentum aus dem Judentum entstand. Es ist eine historische Tatsache,